

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köster in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilage über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Deutschland.

△ Berlin, 11. August. In Rom giebt sich, wie der „Nord. Allg. Ztg.“ ein Privattelegramm meldet, Gerüchten darüber kund, daß die „Damenburger Nachrichten“ fortfahren, ihre Mittheilung von der Existenz eines italienisch-russischen Vertrages als wahr aufrecht zu erhalten, obwohl dieselbe dem Inhalte als der Form nach völlig unbegründet ist.

Finanzminister Dr. Miquel wird heute von Frankfurt abreisen und zwar nach Scheidegungen, wo er einige Wochen verweilen wird.

Es wird heute bestätigt, daß in München Gerüchte über die Abkündigung des Prinzregenten zu Gunsten seines ältesten Sohnes Ludwig lebhaft kursiren.

Finanzminister Dr. Miquel hat das zu dem Nachlaß des verstorbenen Bankiers Gleichred gehörige Grundstück Wilhelmstraße 64 für 1 000 000 Mark angekauft.

Wie es heißt, soll die Denkschrift über die Reichsfinanzreform, deren Veröffentlichung nicht lange auf sich warten lassen dürfte, eine umfangreiche Arbeit sein, der gediegene Gründlichkeit nachgerühmt wird.

Seine Majestät der Kaiser wird nach den neuesten Dispositionen Kiel am Sonntag Abend verlassen und am Montag früh 7 Uhr 30 Minuten auf dem Vahner Bahnhof hier eintriften. Um 9 Uhr wird der Kaiser dem aus Spandau nach Berlin überföhrten 4. Garberegiment entgegenreisen und daselbst beim großen Stern treffen. Später findet in dem Offiziersklub der neuen Kasernen in Moabit eine Frühstückstafel statt, an welcher der Kaiser theilzunehmen beabsichtigt.

Wie verlautet, trifft Ihre Majestät die Kaiserin Montag, den 14. August, von Wilhelmshöhe auf dem Bahnhof Friedrichstraße hier ein.

Gegenüber einem in mehreren Blättern erschienenen Auszuge aus angeblich neuen dem Bundesrath vorgelegten Vorberichten über die Anlagen zur Verfertigung von Zündhölzern unter Verwendung von weißem Phosphor äußerten sich aus firtlich dahin, daß man die amtliche Bestätigung dieser Vorberichten abwarten müsse, um die darin etwa gegen die bisherigen Bestimmungen getroffenen Abänderungen kennen zu lernen. Wie wir nunmehr erfahren, handelt es sich gar nicht um eine Aenderung dieser Bestimmungen. Es ist vielmehr lediglich beabsichtigt, die alten auf Grund des früheren § 120 der Gewerbeordnung ergangenen Vorschriften neu zu erlassen. Und zwar hat sich dies als nothwendig herausgestellt, nachdem neuerdings im Falle einer Zündhölzerei in letzter Anstalt ein freisprechendes Urtheil ergangen und damit begründet worden ist, daß in der neuen Gewerbeordnung Strafen nur den Zuwiderhandlungen gegen auf Grund des § 120 erlassene Vorschriften angedroht seien, Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 120 früherer Fassung ergangenen Vorschriften davon also nicht mehr betroffen würden. Es handelt sich bei dem neuen Erlaß demnach lediglich um eine Formalität. Eine materielle Aenderung in den bereits bestehenden Vorschriften ist nicht in Aussicht genommen. In gleicher Weise wie mit den Vorschriften über die Anlage zur Verfertigung von Zündhölzern soll mit denen über die Einrichtung und den Betrieb der Zündhölzereien und Zündhölzfabriken, sowie über die Einrichtung und den Betrieb der zur Verfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen vorgegangen werden.

Die Regierung hat die Erlaubnis zur Niederlassung der Franziskaner-Patres in Effen verweigert. Die „Effenr Volks-Zeitung“ ereifert sich hierüber in einem Tone, der lebhaft an die Zeiten des verflochtenen Kulturkampfes erinnert. Am 18. Februar d. J. war es, wo Herr Stöckel im Abgeordnetenhaus zu Berlin die Verfassung einer Franziskaner-Niederlassung für Effen a. N. zur Sprache brachte, und alle Welt staunte damals, wie dieses bei den vom Herrn Abg. Stöckel angegebenen Verhältnissen möglich sei. Selbst der Herr Minister antwortete, wenn die Sache so liege, wie Herr Stöckel dargelegt habe, so konnte er nur anheimgen, die neuen Umstände, welche hier vorgeführt worden, in einer neuen Eingabe ihm zur Kenntniß zu bringen. Dieses ist denn auch sofort geschehen. Und heute, am 8. August, kommt auf das zweite Gehuch wiederum die Antwort, daß die Erlaubnis zur Niederlassung der Franziskaner-Patres für Effen nicht ertheilt werden könne, weil für die Seelsorge in Effen hinreichend gesorgt sei. Wie das zu verstehen ist, das kann keiner, der die Verhältnisse in Effen kennt, begreifen. Der Herr Erzbischof, die Pfarrgeistlichkeit, der Kirchenvorstand, Gemeindevorstände halten eine Niederlassung der Franziskaner-Patres für die Seelsorge eines Stadtviertels für nothwendig, wo 8000 Katholiken wohnen und keine einzige Kirche vorhanden ist, und die Regierung entscheidet auf dem Verwaltungswege: für die Seelsorge ist hinreichend gesorgt, und fügt zur Begründung hinzu, daß in nächster Zeit einige Meliorate zur Pflanzung erhoben würden. Das letztere kann nämlich noch sehr lange dauern, und jene Meliorate haben mit jenem Stadtviertel nichts zu schaffen, liegen vielmehr alle sehr weit von jenem Stadtviertel entfernt, wo das Franziskaner-Kloster gegründet werden soll. Vor dem Erzbischof in Effen wohnen 8000 Katholiken, es sind daselbst drei katholische und eine große Zahl protestantischer Kirchen, und eine 14klassige katholische Schule; ein neues Schulsystem wird demnächst dort errichtet werden, weil jenes Stadtviertel mit jedem Jahre durch Neuzugewandene an Seelenzahl zunimmt. Die katholischen Behörden bitten eine Niederlassung der Franziskaner-Patres für die Seelsorge und zur Abwehr gegen die Sozialdemokraten für nothwendig, und die Regierung erklart auf Grund der von ihr eingereichten Berichte, d. h. auf dem Verwaltungswege: für die Seelsorge daselbst ist hinreichend gesorgt. So geschehen im Jahre 1893. Bei der demnächstigen Verhandlung des Kultusrats wird das Zentrum im Abgeordnetenhaus diese Angelegenheit wohl noch einmal zur Verhandlung bringen.

Auch die „Germania“ bracht den vorstehenden Artikel seinem Verlaute nach ab und fügt ihm „nebenbei“ die Bemerkung an, daß eine Niederlassung altkatholischer Pfarrer in Effen von der Regierung keine Beanstandung gefunden habe, obgleich Effen nur 310 altkatholische Steuerzahler aufweise.

Über die Verhandlungen der gestrigen Schlichtung der Finanzministerkonferenz in Frankfurt macht die „Frankf. Ztg.“ noch folgende Meldung:

Die für den Süden ganz besonders wichtige, Weinsteuer-Angelegenheit soll ebenfalls eine „beruhigende“ Erledigung finden. Der Widerstand, den die Regierungen der Weinbau treibenden Staaten gegen das Reichsweinsteuergesetz — abgesehen von den formalen, auf den Zollvereinsvertrag sich stützenden Bedenken — geltend machten, ist darauf gegründet, daß der Uebergang der Weinbesteuerung an das Reich den Einzelstaaten ein ausbildungsfähiges Steuerobjekt entziehen und den Süden unverhältnismäßig hoch zu Gunsten des Nordens belasten würde, und daß ferner die Durchführung des Projektes den Wein auch da, wo er direkt Nahrungsmittel ist, treffen müßte. Entem Vernehmen nach hat nun die heutige Verhandlung zu dem Ergebnis geführt, daß das Weinsteuergesetz eine angeblich auch für den Süden acceptable Form erhalten wird. Die Veranlagung befristete sich ferner namentlich eingehend auch mit der Wehrsteuer und der Besteuerung der Zeitungsannoncen. Dem Vernehmen nach wären die Bedenken gegen die Wehrsteuer sehr überwiegend gewesen, insbesondere auch, weil sie eine unverhältnismäßige Belastung der minder besitzenden Volksklassen mit sich brachte und als eine Kopfsteuer der schärfsten Art angesehen würde, als welche sie sich auch in Frankreich und der Schweiz darstellte. Außerdem sei die Veranlagung nach den verschiedenen Steuerförmern der Einzelstaaten ungemein schwierig, von denen eine erhebliche Anzahl ja überhaupt keine Einkommensteuer habe. Ferner wurde in Betracht gezogen, daß durch die Grenzen zwischen direkter und indirekter Besteuerung in Einzelstaaten und Reich alterirt werden würden. Endlich sollen auch die Schwierigkeiten einer gerechten Durchführung für diese Steuer betont worden sein, insofern als es kaum möglich sein würde, die richtige Grenze zwischen Selbstverbrauchssteuern und Erwerbssteuern festzustellen. Ein definitiver Beschluß wurde jedoch noch nicht gefaßt. In ähnlicher Weise wurde die sogenannte Inkassostensteuer behandelt. Ueber den allgemeinen Einbruch unter den Theilnehmern verlautet noch, daß er ein „höchst bedauerliches“ sein soll. Es habe sich, worauf an manchen Stellen immer wieder Gewicht gelegt wird, betrefis der Hauptziele und der Art ihrer Erreichung im Wesentlichen eine Uebereinstimmung ergeben, und in dieser Hinsicht hat sich die mühselige Auseinandersetzung zwischen den Regierungen und der Einzelstaaten bewährt, weil sie die gegenseitige Mißverständnisse aufzuklären zu fortritten.

Der „V. D. Z.“ schreibt: Die Situation unserer Disproportionen hat seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gelenkt. Man wird sich der Ministerbedenken erinnern, die einer Föhrung der Lage des Handels und der Landwirtschaft in West- und Ostpreußen gewidmet waren und in deren Folge Zusagen gemacht worden sind, über geeignete Maßregeln für die Hebung des Wohlstandes der Provinzen in Erörterung zu treten und für eine Förderung des Verkehrs und der Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen. Hatte doch unsere baltischen Provinzen die Bede für die Wirtschaft der Reichsregierung, weil für die nothwendig gewordenen Rekruten der letzten Jahre zum großen Theil zu tragen gehabt, sind doch die häufig genug das Opfer wirtschaftlicher Neuerungen dieses und jenseits der deutschen Grenzen geworden. Aus diesen Erwägungen und Erörterungen dürfte jetzt das erste greifbare Resultat erwachsen.

Wie aus uns Danzig geschrieben wird, sind Pläne ausgearbeitet, dort großartige Anlagen für einen Freihafen zu schaffen, die allerdings große Summen in Anspruch nehmen, dafür aber auch einen wesentlichen Einfluß auf die Zukunft des Handelsverkehrs ausüben werden.

Den Vortheil wird in erster Reihe allerdings Danzig, sein Hinterland und die gesamte Provinz haben. Danzig wird wieder, was es gewesen ist, die Kornkammer für Nordpreußen werden und das kaufmännische Leben in dieser alten Stadt muß aus seiner Verbannung erweckt werden. In dieser Wohlthat partizipiren aber nicht nur die preussische Küste und ihr Hinterland, sondern der gesamte deutsche Handel, denn neue Wege gebahnt werden, die im Grunde allerdings nur die Vervollständigung der mit großen Opfern ins Leben gerufenen Verkehrsstraßen bedeuten. Man kann den geplanten Freihafen in Danzig nicht von der Einrichtung des Freihafengebietes in Hamburg, die im Uebrigen das Modell für die neue Anlage abgeben soll, man kann ihn nicht von der Schöpfung des Nordseehafens trennen: ein Blick auf die Karte lehrt, wie naturgemäß durch diese Komplettierung dem Weltverkehr die nicht zu umgehende Straße gezogen sein wird. Der Aufschwung Hamburgs auf der einen Seite, der deutsche Nordseehandel auf der anderen haben Dänemark um seinen Theil am Weltmarkt, namentlich am Ostseeverkehr, bezeugt gemacht und die Angrißnahme des Freihafens in Kopenhagen war die schwer wiegende Folge dieser Verhältnisse. Es galt, der Schifffahrt die nöthige Linie, den Weg durch den Sund und um das Kattegat mittelst bequemer Einrichtungen gesehmer zu machen und auf Kosten der deutschen Handelsplätze die großen Geschäfte nach der dänischen Hauptstadt zu ziehen. Diesen Versuchen wird durch die Danziger Freihafenentwässerungen ein Paroli geboten werden. Die natürliche Lage der Insel wieder ihren Einfluß ausüben, sobald die erforderliche staatliche Unterstützung Institutionen geschaffen haben wird, die das moderne Schifffahrtswesen gebieterisch verlangt. Danzig wird dann seine Anziehungskraft für den deutschen Wettbewerb wieder gewinnen, und der neutrale Handel muß sich nothwendig in diese Weltstation ziehen. Wie wir hören, sind die verschiedenen Behörden einig und an der Arbeit, den Plan ins Leben treten zu lassen und die nöthigen Vorlagen für die Anstalten, die er noch zu passieren hat, fertig zu stellen.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel zugehenden Meldung steht die Wiederanbahnung der zwischen der Türkei und einer Reihe europäischer Staaten schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen, die seit einiger Zeit in Stillstand gerathen waren, unmittelbar bevor.

Die Pforte hat bereits die betreffenden auswärtigen Vertretungen zur Fortsetzung der hierauf bezüglichen Verhandlungen eingeladen. Obgleich diese Angelegenheit nun wieder in Fluß gekommen ist, glaube man doch, daß der Abschluß der neuen Verträge erst im nächsten Jahre zu erwarten sei. Die mit der Pforte verhandelnden Staaten dürften auch fernerhin im gegenseitigen Interesse daran sein.

Das „Amees-Berordnungsblatt“ veröffentlicht folgende Allerhöchste Kabinetsordre betreffend die Verlegung der 2. Disziplinar-Abtheilung des Garde-Corps von Koblenz nach Spandau:

Ich bestimme: Die 2. Disziplinar-Abtheilung des Garde-Corps wird zum 1. Oktober 1893 nach Spandau verlegt und von diesem Zeitpunkt ab mit der bereits in Spandau befindlichen 1. Disziplinar-Abtheilung des Garde-Corps unter der Bezeichnung „Disziplinar-Abtheilung des Garde-Corps“ vereinigt. Das Kriegsministerium hat das weitere zu veranlassen. Kiel, den 25. Juli 1893. Wilhelm von Rattenborn. An das Kriegsministerium.

Zu den bevorstehenden Manövern in Belgien, welche am 28. d. M. beginnen, wird Deutschland zwei militärische Sachverständige entsenden. Unter den deutschen Sachverständigen, reichliche, italienische, französische, holländische, schwedische, norwegische und dänische Offiziere den Manövern beizuwohnen. Die fremdländischen Offiziere treffen am 27. Abends im Lager von Beverloo ein, wo ihnen ein offizieller Empfang bereitet wird.

Wiesbaden, 10. August. Se. königl. Hoheit Prinz Georg von Preußen ist am Einz, wo er seine Kur beendet hat, hier eingetroffen. Er wird hier einige Tage bleiben und alsdann nach Rigi-Kaltbad abreisen.

Jena, 11. August. Der frühere Rektor der Landesschule in Porta, Konfessionsrath Professor Dr. Peter, ist heute hier im 86. Lebensjahre gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

Die Gedenken schwebten in Triumphe, nachdem der Prager Stadtrath beschlossen, daß die doppelpragischen Straßenschilder beseitigt und durch neue, ausschließlich tschechische ersetzt werden sollen, eine Maßregel, die zum Theil bereits ausgeführt worden ist. Die Deutschen wurden bereits als nur geduldeten Bevölkerungsbestandtheil behandelt, und als der Besitzer des am Graben, der fassonabelsten Straße Prags, gelegenen Cafe Continental, welches fast ausschließlich von Deutschen besucht wird, die deutsche Aufschrift „Graben“ anbringen ließ, wurde in der tschechischen Presse über „deutsche Frechheit“ gesprochen und die „Züchtigung“ des Besitzers und der deutschen Besucher des Cafe's gefordert. Nachdem sodann die Stadthalerei die Verfügung des Stadtraths fassirt hat, erhebt der tschechische Genuß das Gefolge, jetzt müssen in allen Orten mit auch nur einigermaßen gemischter Bevölkerung zweisprachige Straßenschilder angebracht werden, namentlich natürlich in solchen, in welchen die Deutschen die überwiegende Mehrheit haben. „Narodni listy“ besprechen die Entscheidung der Stadthalerei in höflicher Weise und sagen:

Die Aera Tschechien hat sich beim fünfzigjährigen Jubiläum ihres Bestandes rehabilitirt; sie weiß endlich, daß ein § 19 des Staatsgrundgesetzes besteht; sie achtet diesen Artikel und hält es für ihre Pflicht, ihn zu schützen gegen jede Verletzung in Schule, Amt und öffentlichem Leben. Tschechien ist ein Volk, das nicht nur alle slavischen Völker! Nun ist aller Erniedrigung und Verächtlichung ein Ende bereitet. Von der Stadthalerei bis herab zur letzten Behörde wird sich Graf Thun als treuer Hüter des § 19 erweisen. Morgen schon werden wir hören, daß in Reichenberg, Prag, Leitmeritz, Brünn, Troppau zweisprachige Straßenschilder angebracht werden. Wir fordern alle tschechischen Minderheiten auf, sich an die Stadthalerei zu wenden; sie wird mit gleicher Bequemlichkeit und Schnelligkeit, wie oben jetzt in Prag, auch zu eurem Rechte verhelfen. Es lebe der § 19 unter dem Schutze der Aera Tschechien!

Die „Gesta Polonica“ sagt, durch die Entscheidung der Stadthalerei befände sich die Angelegenheit der Straßenschilder auf gefährlicher Bahn. Der gesunde Sinn lasse erwarten, daß gleiches Recht in diesem Falle überall gelten werde, sonst müßten Verhältnisse eintreten, deren Folgen unbeschreiblich seien. Die Aufschreie an den Straßen-Ecken bilden von heute an den Maßstab für die Rechtsverhältnisse in Böhmen. Das sollten Regierungsborgane nicht vergessen. In Prag beschließen die Mitglieder des „Sokol“, an den Stadthalerei Grafen Thun eine Depesche zu senden, in welcher die Gedenken in Prag sich darauf berufen, daß sie angeblich ein Siebentel der dortigen Bevölkerung ausmachen. Sie verlangen auf Grund des § 19 des Staatsgrundgesetzes, daß in Prag zweisprachige Straßenschilder eingeführt werden.

Die haben Gedenken vergessen in ihrer über großen Aufregung, daß Prag die offizielle Hauptstadt des von zwei gleichberechtigten Völkern bewohnten Böhmen ist, und daß es einem Landesinteresse entspricht, wenn bei dem starken Verkehr beider Völkstämme in Prag die Deutschen sich dort nicht wie in einer fremden Stadt befinden. Für Prag kommen Rücksichten in Betracht, welche in kleineren Städten als unzureichend gelten können. Aber selbst wenn man zugeben wollte, daß z. B. in Brünn Rücksicht auf die Gedenken genommen werden könnte, so bleibt doch das Vorgehen des Prager Stadtraths das ungeeignetste Mittel. Entgegenkommen zu weichen.

Lemberg, 11. August. Zu den bereits gemeldeten Cholerafällen in dem Bezirke Radomirna in Ostgalizien sind zwei neue hinzugekommen, von denen einer tödlich verlaufen ist. In Perzegin, Bezirk Kolomoja, sind zwei aus Ungarn zurückgekehrte Personen erkrankt, eine ist gestorben.

Prag, 11. August. Nachdem der Gemeinderath, trotz des Verbots der Stadthalerei, fortgesetzt, Straßenschilder mit tschechischen Namen anzubringen, steht dessen behördliche Aufhebung bevor.

Peft, 11. August. Nach der „Budap. Korresp.“ dürften die meritorischen Verhandlungen bezüglich Abschlußes eines Weißbüchsenhandelsvertrages mit Rußland kaum vor Mitte September beginnen, obwohl von beiden Seiten die günstigsten Intentionen herrschen.

Schweiz.

Zürich, 11. August. (Sozialisten-Kongreß.) In der gestrigen Sitzung wurde nach längerer Debatte der Antrag der holländischen Delegirten über die Stellungnahme der Sozialdemokraten im Kriegesalle 4 Stimmen verworfen und mit

ebenjoviel Stimmen der Antrag der deutschen Delegirten angenommen. — Abends fand eine von etwa 500 Personen besuchte Versammlung der von dem Sozialistenkongreß ausgeschlossenen Marxisten statt. — Heute beriebt der Sozialistenkongreß unter dem Vorsitz des Belgiers Volbers die Anträge betreffend die Maifeier, und faßt mit großer Mehrheit folgende Beschlüsse: der Kongreß erneuert den Beschluß des Brüsseler Kongresses und beschließt folgenden Zusatz: Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitstheorie am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird. Der Kongreß beschließt ferner, die Kundgebung des 1. Mai für den nächsten Sonntag solle zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung, die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb des Volkes wie zum internationalen Frieden führt.

Frankreich.

Paris, 9. August. In den großen Flottenmanövern im Mittelmeer, welche vom 10. bis 28. Juli abgehalten wurden, haben zwei aktive Geschwader und ein Reservegeschwader theilgenommen, die zusammen 16 große Panzerschiffe, 20 Kreuzer und 44 Torpedoboote zählten. Die Manöver verliefen in einwacher Weise nach dem aufgestellten Entwurf, wobei verschiedene Versuche zwischen Torpedobooten und Panzerschiffen zur Ausführung kamen, von denen eine neue Art der Vertheilung der Panzer gegen Torpedoboote besonders bemerkenswerth ist. Jedes Schiff beleuchtet mit seinem elektrischen Scheinwerfer einen größeren Umkreis um das Fahrzeug, welches somit auf einer taghell erleuchteten Wasserfläche schwamm. Auf diese Weise gelang es, die tschechischen Torpedoboote bei ihrer Annäherung in einer Entfernung von 1500 Metern zu entdecken und das Geschloß der Panzerschiffe auf sie zu richten. Im Uebrigen haben sich bei den diesjährigen Flottenmanövern die Torpedoboote bewährt, auch ist ein nennenswerther Unfall bei den Kriegsschiffen nicht zu verzeichnen gewesen. Bei der Rückkehr des Reservegeschwaders nach Salins d'Hervey verlor der englische Handelsdampfer „Fernando“ durch das Geschwader hindurchfahren. Nachdem das Panzerschiff „Alger“ geschickt auszuweichen war, rammte der „Fernando“ mit dem Kreuzer „Cecile“ berast zusammen, daß er sich auf die Seite legte und inmitten der Panzerschiffe auf Grund ging. Die englische Besatzung wurde durch die ausgefaketen Boote des Geschwaders gerettet und auf dem Admiralschiff „Formidable“ untergebracht. Bei dem Unfall, welchen der „Fernando“ durch Nichtbeachtung der Schiffsfahrregeln allein verschuldet hat, wurde das französische Kriegsschiff am Zug erheblich beschädigt, konnte jedoch seine Fahrt fortsetzen. An den Manövern nahmen auch die Reserve der Flottenmannschaften aus den Jahresklassen 1894 und 1896 theil.

Paris, 10. August. Daß die Wahlkampagne in Frankreich vorübergehen konnte, ohne daß die schon laufende Male hinter den Kulissen hervorgeragene Person des berüchtigten „Kranken von Lankerville“ noch einige Male mehr auf der Scene erscheinen würde, um als Wahlsuppe bei den Wahlmanövern verwendet zu werden, war voranzufehen, allerdings hat der Fall, von dem ich Ihnen erzählen will, eine so fassende Form angenommen, daß er der Komit nicht entbehrt; andererseits aber, und dies ist die interessantere Seite der Sache — hat diese neue Herzball den Anlaß dazu geben, daß sich einer der berühmtesten Vertreter der medizinischen Wissenschaft Frankreichs, der Dr. Charcot, Vrenarzt an der Salpêtrière, welcher mit Dr. Brouardel zusammen vor einigen Wochen im Auftrag der französischen Regierung nach Bournemouth reiste, um Herz an Ort und Stelle auf seinen Krankheitszustand hin zu untersuchen.

Einige regierungsföhrliche Blätter erzählten nämlich vor wenigen Tagen, Herz sei schon seit langer Zeit nicht mehr in England, sondern reise frei wie der Vogel in der Welt umher, sich nach Kräften amüsirend, während er in Bournemouth einen ihm ähnlichen bei besagten Selbstretter krank liegen habe; die ganze Sache sei ein großartiger Schwindel, auf den sogar die französischen Aerzte Charcot und Brouardel hineingefallen seien.

Der „Matin“ hat nun bei dieser Gelegenheit den Dr. Charcot über die Krankheit und den angeblichen oben genannten Schwindel interviewt. Der berühmte Psychiater antwortete z. B. auf die angebliche Thatsache, der Kranke in Bournemouth sei gar nicht Herz, sondern ein ihm untergeordneter Stummant, er habe bereits bei seinem Besuch des Dr. Herz in Bournemouth den geheimen Auftrag der französischen Regierung gehabt, diese Eventualität genau zu studiren und festzustellen, ob der Kranke auch wirklich Cornelius Herz sei. Er habe an der Hand einer Menge antrophologische Studien, sowie gestützt auf zahlreiche pathologische und psychopathische Notizen über Herz dessen Identität festgestellt. Aber ganz abgesehen hiervon halte er einen derartigen Schwindel a priori für völlig ausgeschlossen, weil ein solcher nur unter Mitwirkung des Lord Rosebery, der englischen Polizei, der Aerzte Fraser, Perrier und Reynalds, welche er persönlich gut kenne, möglich sei.

Schon allein aus der Theilnahme Herz an der Unterhaltung während des Besuchs von Charcot und Brouardel im Auftrag der französischen Regierung könne, so fuhr Charcot weiter, mit Sicherheit auf die Identität des Kranken mit Herz geschlossen werden; der Kranke spreche englisch, französisch und deutsch mit gleicher Gewandtheit; außerdem hätten seine Bemerkungen über seinen Zustand den tiefgebildeten Arzt veranlassen.

Ueber die Panama-Affaire hat uns Herz Mittheilungen gemacht, welche nur eben er zu machen im Stande war. Wenn wir über die Identität des Kranken mit Herz nicht im Zweifel sein konnten, so noch viel weniger über seinen Krankheitszustand. Eine Simulation war während der zwei Tage unseres Besuchs unmöglich und wäre, selbst wenn nicht am ersten, so sicher am zweiten Tage entdet worden.

Man erwartete uns in Bournemouth Morgens früh, aufstatt dessen sind wir Abends 11 Uhr eingetroffen. Die englischen Aerzte, welche Herz mehr oder weniger lang beobachteten, haben ihre fälschlichen Beobachtungen unabhängig von einander

zu Papier gebracht und diese 5 Bände starken Bulletin's (jeweils in jedem wichtigen Punkt überein; kurz, wenn Herz nicht der Gerich erscheint kann, so hat dies seine Gründe; außerdem hat eine so lange Dauer der Zukerkuhr absolut nichts anormales.

Paris, 10. August. Der Diplomat, welcher im „XIX. Siecle“ „Matin“ zeichnet, schreibt über die Russen im Mittelmeer:

Wenn die Bildung eines russischen Geschwaders im Mittelmeer erst vollendete Thatsache ist, so wird der Zar bewiesen haben, daß er die französische Allianz für die unabänderliche Grundlage seiner Politik hält; denn dadurch wird er unserem Vantage ein größeres Pfand gegeben haben. Die Zeiten sind vorbei, da eine Flotte sich auf hoher See halten konnte, ohne eines befreundeten Hafens für ihre Verproviantirung zu bedürfen und die Zukunft wird nicht mehr Kreuzfahrten von fast unbegrenzter Dauer sehen, wie die der Engländer zu Beginn dieses Jahrhunderts an unseren Küsten. Damals konnte ein Kriegsschiff leicht Proviant für sechs Monate und Gebrauchsgegenstände aller Art für ein Jahr aufnehmen. Wenn nur ein Sturm ihm nicht seine Hauptmaske zertrümmerte, so konnte es sich die längste Zeit auf hoher See behaupten. Gegenwärtig ist die Lage eine ganz andere. Nach wenigen Tagen, ganz abgesehen von der möglichen Beschädigung der Maschinen, geht der Kohlenvorrath aus, und wenn die Kohlenkammern leer sind, so sind die Flotten ihrer Seele bar. In Krisenzeiten dürfen die Neutralen den Kriegsschiffen keine Kohlen verkaufen. Da die Kohle als Kriegesentwende angesehen wird, so ist eine russische Flotte im Mittelmeer nur in zwei Fällen möglich: entweder sie hätte gar keine militärische Rolle zu spielen, und dann würde man nicht begreifen, daß Rußland sich in große Kosten füllte, oder die russischen Seelen zu wissen, daß Arzenei an ihrer Verfügung stehen, wo sie Vorräthe schöpfen und sich erholen können. Andere Häfen, als die russigen, gibt es hierfür nicht. Da die Verträge die Meerengen der Dardanellen und des Bosporus den Kriegsschiffen verweigern, ist Rußland vom Mittelmeer durch eine beträchtliche Entfernung getrennt. Ein russisches Kriegsschiff, welchem die Diplomatie die Wasserstraße des Schwarzen Meeres gesperrt hat, kann zur Wintertzeit nicht einmal die Fahrt um Europa machen, um nach Konstantinopel heimzukehren, weil die Veste zugeworfen wird. Es bleibt ihm keine andere Zufluchtsstätte, als Frankreich. Ein russischer Admiral, welcher Gibraltar passiert hat, ist durch die Macht der Umstände gezwungen, von Frankreich abhängig zu sein, und wird die Centralität ins Auge fassen, unsere Marine durch die Kräfte zu verstärken, welche er befehligt. Wahrscheinlich ist die russische Flotte aus diesem Grunde seit den Ereignissen von 1870 aus dem Mittelmeer verschwunden. Tausch sie wieder auf, so wird sie eine neue moralische Lage mit sich bringen. Wir werden da nicht mehr allein den Flotten der Triple-Allianz gegenüberstehen.

Unter der Regierung Napoleons III. sah man oft russische Regatten vor Villafrauca. Es erregte sich dort sogar ein unangenehmer Zwischenfall im Augenblick der Vermählung der Prinzessin Maria Pia, Tochter des Königs Viktor Emanuel, mit dem König von Portugal. Aus Anlaß dieser Feier waren die meisten fremden Flotten in Genua vertreten, auch gaben alle Schiffe einen Augenblick dem Dampfer das Geleite, der die junge Königin nach Mailand trug. Ein falsches Manöver verursachte einen Zusammenstoß zwischen einer russischen Regatte und dem französischen Kreuzer, auf welchem sich Prinz Napoleon befand, der im Senat bestige Reden zu Gunsten Polens gegen Rußland gehalten hatte. Der Handel erregte großes Aufsehen. Es wurden diplomatische Noten ausgetauscht und der russische Admiral wurde seines Kommandos entbunden. Seine Offiziere veranlaßten ihn zu Ehren eine Kundgebung, indem sie sich selbst in den Kahn setzten, der ihn aus Land brachte, und statt der Matrosen am Ruder saßen. Seit unserem Mißgeschick schien die kaiserliche Regierung in Petersburg den Vorgängen im Mittelmeer fernstehen zu wollen. Indem sie dort wieder eine Stellung einnimmt, verpflichtet sich der Zar, sich an den künftigen Ereignissen zu betheiligen. Man fragt es sich, welcher Werth der russischen Flotte beizumessen ist. Die Tapferkeit ihrer Mannschaft unterliegt keinem Zweifel. Die russischen Offiziere haben im letzten Kriege gegen die Türkei auf ihren Donan-Torpedos Beweise ihres vorwiegenden Muths abgelegt. Was das Material betrifft, so kennt man es kaum in Europa, weil die russischen Schiffe nur wenig aus der Dnieper und dem Stillen Ozean herauskommen; aber es ist sicherlich nach den neuesten Anforderungen der modernen Seeskunst gebaut. In dem Augenblicke, da der Bollkrieg zwischen Deutschland und Rußland ausbricht, erinnert man sich in Petersburg des alten Wortes unserer Väter, nach dem „der Dreizack Neptuns das Gepter der Welt ist“. Das klingt etwas pomphaft für unser nüchternes Jahrhundert; aber der Gedanke bleibt theilweise richtig. Rußland, welches in Europa keine leicht zugängliche Küste besitzt, handelt klug, indem es seine Fahrzeuge in den Bereich unserer Kriegsschiffe bringt.

Paris, 11. August. Dem „Figaro“ zufolge hätte der Ministerrath beschlossen, die Angelegenheit der Brochüre Dupas fallen zu lassen.

Paris, 11. August. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Buenos Ayres ist Carlos Tejedor seitens der Bundesregierung zum Schlichter ernannt worden, um die Kulte in der Provinz Buenos Ayres wieder herzustellen.

Großbritannien und Irland.

London, 10. August. Aufangs dieser Woche ist Lord Rosebery nach Hamburg b. d. D. im schönen Kurort am Tannus, abgereist, das sichere Zeichen, daß die französischen Völkern gestreut sind und daß im Tereim Affäre die gewohnte Ruhe wieder eingekehrt ist. Möge es dem Himmel gefallen, daß sich bald das gleiche auch von Westminster sagen lasse und daß der englische Parlamentarismus auch einmal zu Athem komme und die wohlverdienten Sommerferien genießen könnte. Aber die Vorlesung und der „grand old man“, Herr Gladstone, wollten es anders, und vor zwei Tagen begannen die unter ihrem schweren Dache in der afrikanischen Höhe hängenden englischen Parlamentarier wieder die Diskussion jenes Gegenwärtigen, dessen Name allein heutzutage jedem Politiker mit Ausnahme

Näheres die Plakate an den Säulen.